



Presseschau vom 02.01.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Rüdiger Rauls: Frieren gegen den Klimawandel

Kaum eine Bewegung der letzten Jahre wurde von Staat und Medien so hofiert wie Fridays for Future. Die Ziele der Klimabewegten wurden zu einem Leitfaden der Politik. Warum? Weil es hier nicht um eine Agenda der Unterdrückten, sondern der Besserverdiener geht. ... <https://kurz.rt.com/2rot>

Wladislaw Sankin: Babuschkas an die Front? Selenskijs Versuch der Einführung von "NATO-Standards" für Frauen scheitert

Der Erlass über die Einberufungspflicht für Frauen sorgte in der Ukraine für heftige Reaktionen. Dutzende Frauen haben über soziale Medien wütende Botschaften an die Regierung gepostet. Nur wenige von ihnen wissen überhaupt, was diese Pflicht mit NATO-Standards zu tun hat. ... <https://kurz.rt.com/2rov>

Sergei Axjonow: "Die Brester Festung": Wie der Westen Weißrussland im Jahr 2021 weiter in Russlands Arme trieb

Lukaschenkos mehrvektorale Außenpolitik scheint endgültig passé: Minsk hat sich vollständig vom Westen zugunsten Moskaus und Pekings abgewandt. Grund dafür ist Europas Politik der Peitsche ohne Zuckerbrot im Jahr 2021, die in Weißrussland den Geist der Brester

Festung stärkte. ...

<https://kurz.rt.com/2rnc>

de.rt.com: **Im neuen Jahr droht Transnistrien eine von der EU organisierte Wirtschaftsblockade**

Die seit 2006 existierende Unterstützungsmission der EU für die moldawisch-ukrainische Grenze hat direkte Kontrollen moldawischer Grenzer und Zöllner an den Zugängen zu der abtrünnigen Republik Transnistrien organisiert. Die Kontrollen starten im neuen Jahr und gefährden den Friedensprozess und die Sicherheit in der Region. ...

<https://kurz.rt.com/2rpy>

Susan Bonath: **Omikron: Eine Pandemie der Geimpften?**

Die Rufe nach einer Impfpflicht werden lauter, begründet wird dies auch mit der neuen Omikron-Variante des Coronavirus. Doch wie neue Daten des Robert-Koch-Instituts zeigen, sind fast alle Betroffenen zwei- oder dreifach geimpft. Und nur wenige mussten in eine Klinik. ...

<https://kurz.rt.com/2rqr>

abends/nachts:

de.rt.com: **Trotz westlicher Sanktionen: Neues russisches Passagierflugzeug geht in Serie**

Auch wenn die Sanktionen des Westens die Marktreife des Flugzeugs um Jahre verzögert haben – das neue russische Mittelstreckenflugzeug MC-21 hat die Typenzertifizierung erhalten und ist damit bereit für die Serienproduktion.

Die Irkut MC-21 ist der erste schlanke Mittelstreckenflieger, der nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in Russland entwickelt und gebaut wurde. Das Flugzeug, dessen Entwicklung Ende der 2000er Jahre begann, wird die Lücke füllen, die die berühmte sowjetische TU-154 hinterlassen hat.

Bei der Konstruktion der MC-21 wurde ausgiebig auf moderne Materialien zurückgegriffen. Das Flugwerk besteht nach Aussagen des Herstellers zu 40 Prozent aus Verbundmaterialien. Dadurch wird das Flugzeug, verglichen mit konventionell gebauten Fliegern, deutlich leichter, und, weil großzügigere Gänge möglich sind, komfortabler für die Passagiere.

Diese Innovationsfreude erwies sich jedoch als zweischneidiges Schwert, denn sie war einer der Hauptgründe dafür, dass sich die Massenproduktion verzögerte, obwohl das Flugzeug bereits 2017 seinen Jungfernflug absolvierte. 2018 wurde der russische Hersteller der Tragflächen, AeroComposit, mit US-Sanktionen belegt. Begründet wurde dies mit dessen vermeintlicher Beteiligung an einem russischen "Lufttraummilitärprogramm", obwohl das Unternehmen keinerlei Verträge mit den Streitkräften des Landes hatte. Die Firma wurde vom Import von Rohstoffen ausgeschlossen und konnte daher ihre Aufträge für das Flugzeug nicht erfüllen. "Die Sanktionen, die über AeroComposit verhängt wurden, waren nichts als ein Beispiel für unfairen Wettbewerb", sagte Roman Gusarow, Betreiber der Webseite avia.ru, gegenüber RT.

"Die Firma stellt keine strategische oder militärische Bedrohung für unsere ausländischen Kollegen dar. Es ist ein rein ziviles Unternehmen." Boeing habe schlicht versucht, "seinen neu aufgetauchten Rivalen in der Wiege zu erwürgen", betonte er. Der amerikanische Flugzeughersteller und sein europäisches Gegenstück Airbus haben seit langer Zeit kein neues Flugzeug in dieser Klasse mehr entwickelt, fuhr er fort. Beide hätten lediglich ältere Modelle modernisiert, während die MC-21 "alle innovativen Technologien integriert und daher eine ganze Reihe von Vorteilen gegenüber ihren Konkurrenten hat."

Die Sanktionen ließen das Schicksal des Projekts im Ungewissen, da es als undurchführbar galt, die MC-21 mit konventionellen Tragflächen auszustatten. Zu der Zeit fehlte dem Land

auch die Technologie, um die Materialien, die zur Herstellung der Tragflächen benötigt wurden, lokal herzustellen. Die Sanktionen brachten letztlich jedoch die Forschung und Entwicklung in Russland in Fahrt und führten zur Entwicklung russischer Verbundmaterialien, die für die Produktion der Tragflächen nötig waren.

Das Debakel der MC-21 hat die Hersteller zudem dazu gebracht, den Bau des Flugzeugs von Importen völlig unabhängig zu machen. Ursprünglich war es mit Pratt & Whitney-Triebwerken ausgestattet, die aus den USA kommen, sowie mit anderen importierten flugtechnischen und elektronischen Systemen. Die erste MC-21, die vollständig aus einheimischen Komponenten besteht oder nur einen minimalen Anteil importierter Teile aufweist, soll Mitte der 2020er auf den Markt kommen.

Diese Woche hat der Jet das lang ersehnte Typenzertifikat erhalten, nachdem er alle Tests erfolgreich absolviert und seine Flugtauglichkeit bewiesen hat. Zurzeit ist das Flugzeug mit Tragflächen aus importiertem Material und Triebwerken von Pratt & Whitney zertifiziert. Das Zertifikat soll jedoch im kommenden Jahr erweitert werden.

"Die Änderung des Typenzertifikats, die den Gebrauch eines russischen Verbundstofftragwerks und eines russischen Triebwerks vorsieht, ist für 2022 geplant", sagte der russische Minister für Industrie und Handel, Denis Manturow. Sowohl die im Land hergestellten Tragflächen als auch die Triebwerke wurden bereits produziert. Die Tests der Systeme laufen noch. Im Dezember letzten Jahres ging eine MC-21 mit in Russland hergestellten PD-14-Triebwerken auf ihren Jungfernflug. Im Februar dieses Jahres wurden die Triebwerke für die Serienproduktion zugelassen. Denis Manturow pries das PD-14 als Zeichen der "Reife" russischer Wissenschaft und des "hohen Entwicklungsniveaus" der Luftfahrtindustrie des Landes.

Die Entwickler und Ingenieure, die staatliche Unterstützung erhielten, lieferten ein "sehr modernes und effizientes Triebwerk", fügte der Minister hinzu, und setzte nach, "weder die UdSSR noch Russland hatten in den letzten 40 Jahren Vergleichbares". Eine MC-21 mit heimischen Teilen hat jedenfalls bereits ihren ersten Flug absolviert. Letztes Wochenende verkündete der Hersteller, dass ein Versuchsjet MC-21-300 mit Tragwerken aus in Russland hergestelltem Verbundmaterial von einer Startbahn in Irkutsk abgehoben hat, und dass der Flug erwartungsgemäß verlief.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61ce0bd548fbef1b5162cccf.jpg>

vormittags:

de.rt.com: Israel greift mehrere Ziele im Gazastreifen an

In der Nacht zum Sonntag hat Israel mehrere mutmaßliche Hamas-Objekte im Gazastreifen angegriffen. Nach Angaben des Militärs war darunter auch eine Raketenfabrik. Zuvor waren zwei aus dem Gazastreifen abgefeuerte Raketen im Meer vor dem Großraum Tel Aviv

niedergegangen.

Die israelischen Streitkräfte haben in der Nacht zum 2. Januar mehrere Objekte der Palästinenserorganisation Hamas im Gazastreifen bombardiert. Wie die Armee auf Twitter bekannt gab, seien darunter eine Raketenfabrik und mehrere Militärposten gewesen, die man für terroristische Aktivitäten genutzt habe. Über mögliche Opfer wurde zunächst nichts bekannt.

Nach Angaben des Fernsehsenders Al Jazeera feuerte die israelische Luftwaffe bei ihrem Angriff etwa zehn Raketen ab. Sie schlugen demnach im Osten der Stadt Chan Yunis südlich des Gazastreifens ein. Anschließend beschoss die israelische Artillerie laut dem Sender einen Beobachtungspunkt der Hamas in der Nähe der Stadt Bait Lahiya im Norden des palästinensischen Küstengebiets. In den sozialen Netzwerken tauchten Fotos und Videos auf, die den Angriff zeigen.

Die Jerusalem Post berichtete, Panzer hätten zudem Stellungen der Hamas entlang der Grenze zum Gazastreifen beschossen. Das Blatt zitierte aus der Stellungnahme der israelischen Armee:

"Die Terrororganisation Hamas ist für die Geschehnisse im Gazastreifen verantwortlich und trägt die Konsequenzen der terroristischen Handlungen aus dem Gazastreifen."

Laut Darlegung des israelischen Militärs stellte dies eine Reaktion auf eine Attacke mit zwei Raketen aus dem palästinensischen Küstengebiet dar. Beide Projektile waren am Samstagmorgen im Meer vor dem Großraum Tel Aviv niedergegangen. Es gab weder Opfer noch Sachschäden.

Israel hatte bereits im Mai 2021 eine massive Angriffswelle auf den Gazastreifen gestartet. Diesem war der Abschuss selbstgebauter Raketen durch die Hamas vorausgegangen. Ägypten vermittelte schließlich eine Waffenruhe, die am 21. Mai in Kraft trat. Seither blieb es verhältnismäßig ruhig.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61d13e55b480cc6c0738f963.jpg>

snanews.de: „Wir wollen eigentlich keinen Konflikt“: Russischer Botschafter in Berlin zu Einschränkung von RT

Der russische Botschafter in Berlin, Sergej Netschajew, hat in einem Interview mit der Deutschen Presse Agentur (DPA) Konsequenzen für die Einschränkungen des staatlichen russischen Auslandssenders RT in Deutschland angekündigt. Eine mögliche Gegenreaktion könnte deutsche Journalisten in Russland betreffen.

Der Botschafter äußerte, dass „es sicher eine Reaktion von russischer Seite geben wird“.

Dabei bezog er sich auf mögliche Konsequenzen für deutsche Medien in Russland.

„Ich bin kein Orakel von Delphi, aber es gibt da verschiedene Möglichkeiten. Es gibt so viele deutsche Journalisten in Russland“, so Netschajew.

Trotzdem führte er ferner an, dass sich deutsche Journalisten in der russischen

Medienlandschaft wohlfühlen würden und dass Russland gleiche Rechte für seine Journalisten fordert.

„Und wir wollen eigentlich keinen Konflikt. Wir wollen nur, dass unser Sender in Deutschland die gleichen Rechte und Möglichkeiten hat und ruhig arbeiten kann“, bezog er sich auf die Situation rund um die Ausstrahlungen des russischen Senders.

Er machte keine direkten Angaben dazu, ob die Konsequenzen auch den deutschen staatlichen Auslandssender Deutsche Welle und sein russischsprachiges Programm betreffen könnten.

„Es gibt keinen Automatismus. Ich möchte da nichts vorwegnehmen. Ich hoffe immer noch, dass auf RT in Deutschland kein Druck mehr ausgeübt wird“, resümierte der Botschafter.

Ausstrahlungen des russischen Senders RT begannen Mitte Dezember in mehreren europäischen Ländern von Moskau aus. Die Lizenz wurde auf der Basis des Europäischen Rundfunkübereinkommens in Serbien erteilt. Die deutschsprachige Liveübertragung, „RT auf Sendung“, wurde am 16. Dezember über Satelliten von Eutelsat aufgenommen sowie auf Youtube ausgestrahlt. Kurz nach dem Start sperrte der Videodienst aber den Sender. Deutsche Medienregulierer leiteten kurz darauf ein Verfahren gegen RT ein, wegen der angeblich fehlenden Rundfunklizenz. Er wurde dann im Auftrag der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB) von der Liveübertragung über Satellit ausgeschlossen.

Im September hatte Youtube bereits zwei RT DE-Kanäle wegen angeblicher „Verletzung der Community-Richtlinien“ gelöscht.

Auch in anderen EU-Ländern wurde dem Sender eine Sendelizenz verweigert. Im August 2021 war RT die Sendelizenz in Luxemburg verweigert worden, mit Verweis auf die Nichterfüllung von technischen Kriterien.

Sprecher der russischen Regierung kritisierten das Vorgehen wiederholt. Der russische Außenminister, Sergej Lawrow, äußerte, dass die deutschen Behörden verantwortlich für die Situation seien. Lawrow betonte, dass Deutschland als Unterzeichnerstaat verpflichtet sei, die Normen des Europäischen Rundfunkübereinkommens einzuhalten und habe daher kein Recht, die Ausstrahlung von RT DE, das in Serbien registriert ist, zu blockieren.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/1c/4834649_0:314:3081:2047_1920x0_80_0_0_c73599f1b5dd1f4e3dd2a5f94e84f3aa.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 1. Januar 2022 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

snanews.de: UN-Sprecher kritisiert Ausweisung eines russischen UN-Mitarbeiters aus Kosovo

Der Sprecher von UN-Generalsekretär Antonio Guterres hat die Erklärung eines russischen Mitarbeiters der Vereinten Nationen in Kosovo zur „Persona non grata“ verurteilt. Denn

dieser Status könne nicht auf UN-Mitarbeiter angewendet werden.

Stephane Dujarric, Sprecher vom UN-Generalsekretär, bezog am Samstag in einer offiziellen Mitteilung Stellung zur Ausweisung eines russischen Mitarbeiters der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK).

Dujarric teilte mit, dass die UN-Mission von den kosovarischen Behörden keine offizielle Mitteilung zu dem Vorhaben erhielt.

„Bedenken in Bezug auf ein Mitglied des UNMIK-Personals sollten an die Missionsleitung gerichtet werden, damit die UNMIK die Angelegenheit im Einklang mit dem Status, den Vorrechten und Immunitäten der UNMIK und ihrer Mitarbeiter behandeln kann“, so der Sprecher des UN-Generalsekretärs.

Der Status könne nicht auf Mitarbeiter der Vereinten Nationen angewendet werden. Dujarric äußerte, dass in der Verordnung zur Verwaltungsmission im Kosovo 2000/47 (über den Status, die Vorrechte und Immunitäten der Kosovo-Truppe der Nato und der UNMIK und ihrer Mitarbeiter im Kosovo) ein solches Vorgehen nicht vorgesehen ist.

„Die UNMIK und das UN-Hauptquartier ergreifen geeignete Maßnahmen, um die Sicherheit des betreffenden Mitarbeiters zu gewährleisten, und wenden sich in dieser Angelegenheit an die zuständigen Behörden“, versicherte Dujarric.

Am Freitag erklärte die selbsternannte Republik Kosovo einen russischen Mitarbeiter der Übergangsverwaltungsmission zur „Persona non grata“. Als Grund für die Ausweisung des russischen Diplomaten wurde dessen „schädliche Tätigkeit“ angeführt, die die nationalen Interessen Kosovos verletze. Es ist bereits die zweite Ausweisung russischer Diplomaten aus Kosovo innerhalb von zwei Monaten.

Der Status „Persona non grata“ wird durch das Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen reguliert. Der Empfangsstaat hat das Recht, dem Entsendestaat jederzeit, ohne Angabe von Gründen mitzuteilen, dass ein Mitglied des diplomatischen Personals nicht in dem Land erwünscht ist. Dabei bezieht sich der Begriff „Mitglieder des diplomatischen Personals“ laut Übereinkommen auf alle drei Klassen diplomatischer Vertreter eines Landes – Mitarbeiter des diplomatischen Personals, des Verwaltungsapparates, sowie das technische Personal.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/02/4873295_0:0:3007:1691_1920x0_80_0_0_9edf07f23411d94cae68d5fcb2330115.jpg

de.rt.com: **Israelische Botschaft in Ukraine verurteilt antisemitischen Nationalistenmarsch in Kiew**

Anlässlich des 113. Geburtstags von Stepan Bandera haben am 1. Januar in Kiew Hunderte Nationalisten mit brennenden Fackeln demonstriert. Die israelische Botschaft in der Ukraine verurteilte den Marsch, in dem sie eine Schändung der Erinnerung an die Holocaust-Opfer sah.

Die israelische Botschaft in der Ukraine hat einen Fackelmarsch von Nationalisten in Kiew verurteilt. Die diplomatische Vertretung forderte auf Facebook und Twitter die ukrainischen Behörden auf, antisemitische Äußerungen während der Demonstration gründlich zu untersuchen. Dabei verwiesen die Diplomaten auf ein im Jahr 2021 verabschiedetes Gesetz über die Bekämpfung von Antisemitismus.

"Die Verherrlichung derjenigen, die die nazistische Ideologie unterstützt haben, schändet die Erinnerung an die Holocaust-Opfer in der Ukraine."

Am Samstag hatten sich in Kiew ungefähr 1.000 Menschen zu einem Fackelzug zu Ehren von Stepan Bandera versammelt. Damit feierten sie den 113. Geburtstag des ukrainischen Nationalisten. Der Umzug sollte vor dem Präsidentenbüro enden. In der Nähe des Verwaltungsgebäudes wurden die Teilnehmer jedoch von der Polizei gestoppt.

Nachdem die Demonstranten die ukrainische Nationalhymne gesungen und ihre Pyrotechnik aufgebraucht hatten, löste sich die Menschenmenge auf. Der Umzug verlief grundsätzlich friedlich.

Außer der Hauptstadt fanden ähnliche Aktionen in anderen 55 Städten statt. Laut Polizeiangaben beteiligten sich daran landesweit ungefähr 3.500 Menschen.

Bandera war der Führer der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und einer der Mitgründer der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA). Dieser im Oktober 1942 gegründete OUN-Arm arbeitete mit den Hitler-Truppen zusammen. Die UPA kämpfte gegen die sowjetische Armee und tötete überwiegend im Westen der Ukraine ungefähr 100.000 Polen, Tschechen und Juden. Außerdem töteten die Nazi-Kollaborateure der UPA brutal tausende Ukrainer, die sich weigerten, mit der UPA zusammenzuarbeiten. Im Jahr 2015 erkannte der damalige ukrainische Präsident Petro Poroschenko die OUN- und UPA-Mitglieder als "Unabhängigkeitskämpfer" an und gewährte ihnen Sozialhilfen. Bandera lebte ab 1946, von deutschen Behörden unbehelligt, bis zu seinem Tod 1959 in München.

`<iframe src="https://www.facebook.com/plugins/video.php?href=https%3A%2F%2Fwww.facebook.com%2Frtde%2Fvideos%2F453055469765571%2F&show_text=0&width=560" width="560" height="315" style="border:none;overflow:hidden" scrolling="no" frameborder="0" allowfullscreen="true" allow="autoplay; clipboard-write; encrypted-media; picture-in-picture; web-share" allowFullScreen="true"></iframe>`

<https://www.facebook.com/watch/?v=453055469765571>

de.rt.com: **In Kapstadt brennt das südafrikanische Parlament**

In Kapstadt brennt seit den frühen Morgenstunden das Parlamentsgebäude. Rettungskräfte befürchten, dass das Gebäude einstürzen kann. Berichte über Opfer liegen noch nicht vor. Die Rettungsdienste in Kapstadt bekämpfen einen Brand im südafrikanischen Parlamentsgebäude.

Das Feuer wurde der Feuerwehr am Sonntag gegen 5 Uhr morgens Ortszeit gemeldet, berichtet News24. Nach ersten Informationen brach das Feuer im dritten Stock des Parlaments aus und griff dann auf die übrigen Büros und die Sporthalle über. Schließlich geriet das mit Bitumen gefüllte Dach des Gebäudes in Brand.

Die Einsatzleiterin teilte um 10.50 Uhr Mitteleuropäischer Zeit mit, dass das Löschen des Brandes noch mindestens 3 Stunden in Anspruch nehmen wird.

Es wird vermutet, dass die starke Hitze Risse in den Wänden des Parlaments verursacht hat und das Gebäude einsturzgefährdet ist. Es gibt noch keine Berichte über mögliche Opfer. Ein Brandanschlag konnte in einer Pressekonferenz am Morgen noch nicht ausgeschlossen werden.

Am Nachmittag teilten die Behörden in Kapstadt mit, dass ein 51-jähriger Mann festgenommen wurde und wegen des Verdachts der Brandstiftung befragt wird.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61d175e948fbef677a2d075a.jpg>

snanews.de: **Russlands Außenministerium sieht „ermutigende Signale“ für Anerkennung von Sputnik V durch WHO**

Moskau sieht in der Frage der Anerkennung des russischen Impfstoffs „Sputnik V“ durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) einige ermutigende Signale, die „beruhigend“ seien. Das erklärte der stellvertretende Außenminister, Alexander Pankin, gegenüber SNA.

„Ich sehe etwas Beruhigendes, aber da gibt es meines Erachtens offensichtlich eine gewisse Höflichkeit gegenüber Russland – dass gerade im ersten Quartal, in der ersten Jahreshälfte (Sputnik V' genehmigt werden kann – Anm. d. Red.)“, sagte Pankin.

Mitte Dezember 2021 hatte die WHO erklärt, dass der Impfstoff wahrscheinlich im ersten Quartal 2022 anerkannt wird. Der Europadirektor der WHO, Hans Kluge, hatte betont, dass der Gesundheitssektor außerhalb der Politik liegen sollte und die Herkunft des Medikaments keine Rolle spielen würde. Im Januar 2022 sollte die Inspektion nach Russland kommen, um den Impfstoff zu bewerten.

„Sputnik V“ war am 11. August 2020 als erstes Corona-Vakzin der Welt offiziell registriert worden. Der Impfstoff ist nun in 71 Ländern mit einer Bevölkerungszahl von rund vier Milliarden Menschen freigegeben. Nach der Zahl staatlicher Zulassungen liegt „Sputnik V“ an zweiter Stelle in der Welt.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/13/4742533_0:180:3073:1908_1920x0_80_0_0_fb405e68b36a1a7d424813189c422b77.jpg

nachmittags:

snanews.de: **Finnlands Ministerpräsidentin zu Sicherheitsgarantien: Nato-Option soll**

bestehen bleiben

Vor dem Hintergrund der russischen Forderungen nach Sicherheitsgarantien an die USA hat die finnische Ministerpräsidentin Sanna Marin in ihrer Silvesteransprache erklärt, dass ihr Land die Möglichkeit eines Nato-Beitritts behalten wolle. Darüber berichtete der finnische öffentlich-rechtliche Sender Yle.

„Wir werden uns auch die Möglichkeit offenhalten, die Nato-Mitgliedschaft zu beantragen“, sagte die finnische Ministerpräsidentin in ihrer Rede am Freitag. Diese Wahlfreiheit solle Finnland schätzen und sie bewahren, „denn es geht um das Recht eines jeden Landes, über seine eigenen Sicherheitslösungen zu entscheiden“, so Marin.

„Sie ist eine der Grundlagen der europäischen Sicherheit, die in den OSZE-Prinzipien verankert ist.“

Der finnische Präsident Sauli Niinistö hatte in seiner Neujahrsansprache gesagt, dass die von Russland formulierten Bedingungen für Sicherheitsgarantien dem Sicherheitsmodell in Europa widersprächen. Seiner Ansicht nach habe Russland durch seine Forderungen an die USA die Souveränität mehrerer europäischer Länder, darunter Schweden und Finnland, in Frage gestellt. Niinistö bestritt die Existenz von Interessensphären und fand, dass diese „fehl am Platze in den 2020er Jahren“ wären.

Mitte Dezember hatte Russland den Entwurf eines Abkommens zwischen Russland, den Vereinigten Staaten und der Nato über Sicherheitsgarantien vorgelegt. Zu den Vorschlägen gehört das Verbot der weiteren Nato-Osterweiterung. Auch die Stationierung von Mittelstreckenraketen und Kurzstreckenraketen in Schlagdistanz zum Territorium der jeweils anderen Seite soll den USA und Russland dem Entwurf zufolge untersagt werden.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/02/4876524_0:0:2532:1424_1920x0_80_0_0_e2e191d2996bcd571117724dc02a3429.jpg

snanews.de: Gazprom verzeichnet 2021 Zuwachs an Gasexporten, auch nach Deutschland

Gazproms Exportmengen stiegen 2021 auf 185,1 Milliarden Kubikmeter Gas. Eine am Sonntag veröffentlichte Mitteilung des Unternehmens zeigt, dass Deutschland erneut einer der Hauptkonsumenten ist.

Das Unternehmen förderte im letzten Jahr 514,8 Milliarden Kubikmeter Gas, ein Rekordvolumen im Vergleich zu den vorherigen 13 Jahren.

„Das Wachstum der Gazprom-Produktion hat den Löwenanteil des weltweiten Gasverbrauchs im Jahr 2021 gedeckt“, äußerte Gazprom-Chef Alexej Miller.

185,1 Milliarden Kubikmeter Gas und somit 5,8 Milliarden mehr als 2020 wurden im letzten Jahr ins ferne Ausland exportiert. Der Kauf von russischem Pipelinegas hat in 15 Ländern zugenommen. Die Länder, die am meisten Gas erwerben, wiesen den größten Zuwachs auf –

Deutschland mit 10,5 Prozent mehr, die Türkei mit einem Anstieg von 63 Prozent und Italien mit einem Zusatz von 20,3 Prozent.

Die modernen Offshore-Pipelines Nord Stream und Turkish Stream spielten laut dem Unternehmen eine große Rolle für die zuverlässige Versorgung Europas mit russischem Gas.

„Daher ist es besonders wichtig, dass seit dem 29. Dezember letzten Jahres eine weitere Offshore-Pipeline, mit einer Projektkapazität von 55 Milliarden Kubikmetern Gas pro Jahr, vollständig betriebsbereit ist – Nord Stream 2“, so Miller.

Auch die Gasexporte nach China erlebten einen Zuwachs.

„Im Laufe des Jahres 2021 haben wir regelmäßig Gas nach China geliefert, wobei die vertraglichen Verpflichtungen überschritten wurden“, hieß es in der Mitteilung.

Gazprom gab an, 2021 mit dem besten finanziellen Ergebnis in seiner Firmengeschichte zu rechnen.

Die Gaspipeline Nord Stream 2 wurde bereits fertiggestellt, allerdings steht die Zertifizierung des Projektes noch bevor. Der ukrainische Präsident Wladimir Selenski bezeichnete die Gasleitung als eine gegen sein Land gerichtete „energetische Waffe“. Die USA kritisierten eine Abhängigkeit Europas von Russland im Bereich der Energieversorgung, die durch Nord Stream 2 entstehen würde.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/09/18/3697229_0:0:3491:1964_1920x0_80_0_0_62468ab3ae272e15335f37b9dcefc858.jpg

armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 02.01.2022

In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In Verletzung des dritten Punktes der Zusatzmaßnahmen haben Besatzer der 95.

Luftsturmbrigade zwei Schützenpanzer am nördlichen Rand von Nelepowka stationiert.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE. So hat der Gegner, um die Erfassung verbotener Waffen der 53. Brigade durch Beobachter der Mission zu verhindern, eine Station für elektronische Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen im Gebiet von Andrejewka zu blockieren.

Wir erhalten weiter **Informationen über Vorfälle in den Reihen der ukrainischen bewaffneten Formationen**, die mit den Feiern zum Neuen Jahr zusammenhängen.

Auf den Positionen der 95. Brigade im Gebiet von Nowgorodskoje geriet beim Trinken von Alkohol unter Verletzungen von Sicherheitsbestimmungen beim Beheizen eines Ofens ein

Unterstand in Brand. Bei der Löschung des Brandes erlitten drei Kämpfer unterschiedlich schwere Brandverletzungen. Durch das Feuer wurden zwei Funkstationen „Motorola“, ein Nachtsichtgerät „AN/PVS-13“ und drei Panzerwesten vernichtet oder beschädigt. Wir schließen nicht aus, dass das Brigadekommando als Ursache des Geschehens auf Beschuss von Seiten der Einheiten der Volksmiliz verweisen wird.

Am Stationierungsort der 36. Brigade in Mariupol wurde der Matrose Schkirda ohne Lebenszeichen gefunden. Nach vorläufigen Angaben trat der Tod als Folge einer Vergiftung mit einem Alkoholsurrogat ein.

Außerdem ist nach Angaben unserer Quelle im Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ der Kommandeur Tarnawskij durch die Ergebnisse einer Kontrolle des Dienstes von Kämpfern der 53. mechanisierten Brigade auf den Frontpositionen beunruhigt, wo die Zahl der Kämpfer, die eigenmächtig den Dienort verlassen haben, 36 Mann betrug.

snanews.de: **Putin und Erdogan beraten per Telefon über Sicherheitsgarantien**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat am Sonntag in einem Telefongespräch mit seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdogan die russischen Vorschläge zu Sicherheitsgarantien sowie die Lage im Südkaukasus, in Syrien und Libyen besprochen. „Auch internationale Themen, darunter die bekannten Vorschläge für die Ausarbeitung rechtlich verbindlicher Abkommen zur Gewährleistung der Sicherheit der Russischen Föderation, die Lage im Südkaukasus sowie Fragen der Beilegung in Syrien und Libyen wurden angesprochen“, so der Kreml-Pressedienst.

Darüber hinaus hätten Putin und Erdogan die wichtigsten Ergebnisse der Zusammenarbeit zwischen Russland und der Türkei zusammengefasst und ihre Absicht bekräftigt, die für beide Seiten vorteilhafte Partnerschaft weiter zu intensivieren. Zudem gratulierten sie sich gegenseitig zum neuen Jahr.

Abschließend hätten die beiden Staatschefs vereinbart, die persönlichen Kontakte fortzusetzen.

Russland hat am 17. Dezember 2021 Entwürfe für einen Vertrag mit den USA und für ein Abkommen mit der Nato über Sicherheitsgarantien veröffentlicht. Im Abkommensentwurf mit der Nato wird vorgeschlagen, eine Ausdehnung der Allianz und den Nato-Beitritt der Ukraine auszuschließen sowie auf militärische Aktivitäten in der Ukraine und anderen osteuropäischen Ländern wie auch in Transkaukasien und Zentralasien zu verzichten.

Der russische Vizeaußenminister Sergej Rjabkow erklärte in dem Zusammenhang, wenn die Nato und die USA nicht auf die Forderung Russlands nach Sicherheitsgarantien reagieren sollten, könnte dies zu einer neuen Konfrontationsrunde führen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/02/4877921_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_df77cd0840937ee62649bb9fa476e773.jpg

**Mil-Inr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR
Oberleutnant I.M. Filiponenko am 2.1.22**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden keine Feuerprovokationen** von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt. ...

Nach Informationen örtlicher Einwohner des Dorfes Walujskoje wurde in den letzten 24 Stunden in der Dorfschule dieser Ortschaft, die am 27. Dezember von ukrainischen nationalistischen Kämpfern besetzt worden war, der Stab einer taktischen Einheit der Nationalisten und Feuerpositionen in den Klassenräumen eingerichtet.

Im Bereich der Schule ist eine Konzentration von Fahrzeugen mit bewaffneten Personen, Apparaturen für die Artillerieaufklärung, für Beobachtung und Zielangabe sowie Funkstationen festzustellen.

Die Nutzung der allgemeinbildenden Schule im Dorf Walujskoje durch Kiew zur Einrichtung des Stabs einer Kampfeinheit und eines Feldpunkts zur Feuerleitung der ukrainischen Artillerie ist eine äußerst grobe Verletzung der Vereinbarung über eine Feueereinstellung und eine empörende Verletzung des internationalen humanitären Rechts. ...

snanews.de: Ukrainische Streitkräfte besetzen Schule - Miliz der Volksrepublik Lugansk

Während der zusätzlichen Maßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstandsregimes hat die Volksmiliz der selbsternannten Volksrepublik Lugansk militärische Aktivitäten der gegnerischen Seite verzeichnet. Ein Sprecher der Miliz informierte am Sonntag in einer Mitteilung über die Besetzung einer Schule.

„Ohne dem dritten Punkt der zusätzlichen Maßnahmen Beachtung zu schenken, fährt der Gegner fort, Armee und militärische Ausrüstung in Ansiedlungen im durch die Ukraine kontrolliertem Territorium zu platzieren“, lautete der Vorwurf der Volksmiliz.

Es wurde unter anderem ein gepanzertes Fahrzeug gesichtet.

„Die ukrainischen Kämpfer stören weiter die Arbeit der OSZE-Beobachter“, urteilte der Sprecher.

Damit bezog er sich auf eine Störung der Navigations- und Kommunikationstechnik der OSZE-Mission, welche angeblich mittels eines Drohnenabwehrsystems der ukrainischen Streitkräfte, „Bukovel-AD“, hervorgerufen wurde. Das Ziel sei dabei gewesen, eine Entdeckung „der in dem Gebiet stationierten Kriegstechnik der Streitkräfte der Ukraine“ durch die OSZE-Beobachter zu vermeiden.

Der Sprecher berichtete mit Verweis auf Anwohner, dass „nationalistische-ukrainische Kämpfer“ eine Schule in dem Dorf Walujskoje eingenommen hätten. Im Umkreis der Schule wurden, laut der Lugansker Volksmiliz, vermehrt Fahrzeuge mit bewaffneten Personen, Artillerieaufklärungsgeräten, Funkgeräten und Überwachungstechnik gesichtet.

„Kiews Verwendung des Gebäudes der Gesamtschule im Dorf Walujskoje als Hauptquartier einer Kampfeinheit und als Feldposten zur Kontrolle des Feuers der ukrainischen Artillerie, ist ein eklatanter Verstoß gegen die Waffenruhevereinbarung und eine radikale Verletzung des humanitären Völkerrechts“, so die Volksmiliz.

Laut Mitteilung wurden auch ukrainische Journalisten gesichtet, die die Kämpfer „an der vordersten Front heroisieren“. Es war die Rede von Schauspielern, die Ortsansässige spielten, und Kämpfern, die zu propagandistischen Zielen aufgenommen wurden.

Am 27. Juli 2020 trat im Südosten der Ukraine ein umfassender Waffenstillstand in Kraft. Die entsprechenden Vereinbarungen wurden im Rahmen der trilateralen Kontaktgruppe getroffen. Kiew, Donezk und Lugansk haben sich verpflichtet, keine Waffen einzusetzen und auf Provokationen zu verzichten. Doch es kam bereits mehrfach zu Zusammenstößen und zum Beschuss besiedelter Gebiete der selbsternannten Volksrepubliken.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/02/4878400_0:36:2048:1188_1920x0_80_0_0_38f5d045a84e5502a42d5c18e0323554.jpg

snnews.de: **Nach Skandal in Paris: EU-Flagge vom Triumphbogen entfernt**

Die EU-Flagge, die unter dem Triumphbogen in Paris anlässlich des Vorsitzes von Frankreich im EU-Rat aufgehängt worden war, ist am Sonntag nach scharfer Kritik vonseiten rechter Politiker abgenommen worden.

Die Flagge der Europäischen Union sollte ursprünglich mehrere Tage unter dem Triumphbogen hängen und am 9. Januar zusammen mit Weihnachtslichtern abgenommen werden.

Die Vorsitzende der rechtspopulistischen Partei „Rassemblement National“ und Präsidentenkandidatin Marine le Pen hat diesen Schritt als einen „patriotischen Sieg“ bezeichnet.

„...Die Regierung war gezwungen, die Flagge der Europäischen Union von dem Triumphbogen wegzubringen. Danke für die Massenmobilisation aller Anhänger Frankreichs und der Republik, die Emmanuel Macron zum Zurückweichen zwangen“, schrieb Le Pen auf Twitter.

Zuvor hatten etliche rechte und extremrechte Politiker, neben Le Pen auch die Kandidatin von der rechtszentristischen Partei „Les Républicains“, Valerie Pécresse, und der rechtsextreme Präsidentschaftskandidat Eric Zemmour, auf die unter dem Triumphbogen gehisste EU-Flagge empört reagiert und dies als „Blasphemie und Beleidigung“ des unter dem Bogen liegenden Grabmals des Unbekannten Soldaten bezeichnet. Sie forderten Präsident Emmanuel Macron auf, die Nationalflagge an ihren bisherigen Platz zurückbringen zu lassen.

Frankreich hat am Samstag, dem 1. Januar, den Vorsitz im Rat der EU übernommen, der sechs Monate dauern soll. Französische Minister werden nun in Sitzungen der Fachminister der EU den Vorsitz führen, zur Herbeiführung von Kompromissen, zur Beschlussfassung und zur Bestätigung von Gesetzesinitiativen sowohl innerhalb des Rates als auch bei der Zusammenarbeit mit anderen Institutionen der EU beitragen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/02/4876112_0:173:3031:1877_1920x0_80_0_0_40d41cf00fc3ecd01b507f40424a502c.jpg